

2419 B

zu TOP 2

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

zur Vorlage gemäß Artikel 62 Abs. 3, 63 der Verfassung von Berlin

Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens „Volksentscheid Baum“ (Gesetz für ein Klimaanpassungsgesetz Berlin und zur Änderung weiterer Vorschriften) – Drucksache 19/2573

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus nimmt den vorliegenden Entwurf für ein

Gesetz für ein Klimaanpassungsgesetz Berlin und zur Änderung weiterer Vorschriften

gemäß Artikel 62 Abs. 3 S. 2 der Verfassung von Berlin mit den folgenden Änderungen in seinem wesentlichen Bestand unverändert an:

I. Artikel 1 wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

- a. In Nr. 5 wird vor der zweiten Nennung des Wortes „Grünfläche“ das Wort „öffentliche“ eingefügt, vor den Worten „mindestens 2 Prozent“ wird das Wort „grundsätzlich“ eingefügt und das Wort „und“ nach dem Wort „Wiesenelementen“ durch das Wort „oder“ ersetzt.

- b. Nr. 16 erhält folgende neue Fassung:

„ist ein gesunder Straßenbaum ein vitaler und erhaltungsfähiger Straßenbaum, dessen Standort der guten fachlichen Baumpflegepraxis entspricht und einen Zustand der Schadstufe 0 gemäß Anlage 2 der Verordnung zum Schutze des Baumbestandes in Berlin aufweist;
ist ein gepflegter Straßenbaum ein Straßenbaum; der nicht dem Zustand der

Schadstufe 0 gemäß Anlage 2 der Verordnung zum Schutze des Baumbestandes in Berlin entspricht, der verkehrssicher ist und der in eine niedrigere Schadstufe gemäß Anlage 2 des Baumbestandes in Berlin zurückgeführt werden soll;
ist ein Entwicklungsbaum ein Baum, der durch innovative naturbasierte Pflanz- und Aufwuchsverfahren im Sinne der Nr. 23 entstanden ist und innerhalb von 10 Jahren die Kühlleistung eines gesunden Straßenbaums aufweisen wird;

- c. In der bisherigen Nr. 22 werden nach dem Wort „zwischen“ die Worte „der jeweils zuständigen Stelle“ und das Wort „Bezirksamt“ gestrichen.

- d. Es wird eine neue Nr. 23 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„sind innovative naturbasierte Pflanz- und Aufwuchsverfahren agile, pflanzentechnische Methoden zur Entwicklung von Straßen- und Anlagenbäumen, bei denen anhand innovativer und künftig normierter Pflanz- und Pflegeprotokolle Setzlinge, Wurzelsprosse oder spontane Triebe so gefördert werden, dass sie innerhalb von zehn Jahren in Größe, Vitalität sowie klimawirksamer und ökologischer Funktionalität einem zehnjährigen Solitärbaum aus Baumschulzucht entsprechen.“

2. § 4 wird wie folgt geändert:

- a. Abs. 1 erhält folgende neue Fassung:

„Die folgenden Klimaanpassungsziele sollen in allen Hitzevierteln erreicht und in einem integrierten Vorgehen gem. § 5 umgesetzt werden.“

- b. Abs. 2 wird wie folgt geändert:

„Auf jeder Straßenseite und auf allen ausreichend breiten Mittelstreifen soll je Straßenabschnitt im Durchschnitt mindestens alle 15 Meter ein gesunder, gepflegter oder Entwicklungsbaum als Straßenbaum gepflanzt sein. Straßenbäume sollen so weit wie möglich durch Maßnahmen der guten fachlichen Baumpflegepraxis in einem gesunden Zustand sein oder zurückgeführt werden. Spätestens bis zum Jahr 2040 sollen die Straßenbäume die durchschnittliche Kühlleistung gesunder Straßenbäume aufweisen.“

3. § 5 wird wie folgt geändert:

- a. In Abs. 1 Satz 2 werden das Wort „sind“ durch „sollen“ und das Wort „veröffentlichen“ durch die Worte „veröffentlicht werden“ ersetzt.

- b. In Abs. 5 werden das Wort „wird“ durch das Wort „werden“ und das Wort „Maßnahme“ durch „Maßnahmen“ ersetzt.

4. § 6 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

„Bis zum 31. Dezember 2027 soll der Straßenbaumbestand im Umfang von 440.000 Straßenbäumen wiederhergestellt sein. Hierzu sind vorrangig alle offenen und nicht wieder bepflanzten Baumscheiben mit jeweils einem gepflegten oder Entwicklungsbaum als Straßenbaum zu bepflanzen. § 4 bleibt unberührt. Straßenbäume sollen so weit wie möglich durch Maßnahmen der guten fachlichen Baumpflegepraxis in einem gesunden Zustand sein oder zurückgeführt werden. Spätestens bis zum Jahr 2040 sollen die Straßenbäume die durchschnittliche Kühlleistung gesunder Straßenbäume aufweisen.“

5. § 6 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

„Auf jeder Straßenseite und auf allen ausreichend breiten Mittelstreifen soll je Straßenabschnitt im Durchschnitt mindestens alle 15 Meter ein gesunder, gepflegter oder Entwicklungsbaum als Straßenbaum gepflanzt sein. Straßenbäume sollen so weit wie möglich durch Maßnahmen der guten fachlichen Baumpflegepraxis in einem gesunden Zustand sein oder zurückgeführt werden. Spätestens bis zum Jahr 2040 sollen die Straßenbäume die durchschnittliche Kühlleistung gesunder Straßenbäume aufweisen.“

6. § 6 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

- a. In Nr. 1 werden die Worte „mit gesunden Straßenbäumen“ gestrichen und vor „zu bepflanzen“ die Worte „entsprechend Abs. 1 und 2“ eingefügt.
- b. In Nr. 2 werden die Worte „mit gesunden Straßenbäumen“ gestrichen und vor „zu bepflanzen“ die Worte „entsprechend Abs. 1 und 2“ eingefügt.
- c. Nach den Worten „jährlich fünf Prozentpunkte mehr Straßenabschnitte“ werden die Worte „mit gesunden Straßenbäumen“ gestrichen und vor „zu bepflanzen“ die Worte „entsprechend Abs. 1 und 2“ eingefügt.

7. § 6 Abs. 4 erhält folgende neue Fassung:

„Zur Zielerreichung für Pflanzungen oder die Errichtung von Baumscheiben soll möglichst der Unterstreifen verwendet werden. Die erforderlichen Breiten von Rad- und Fußwegen, sowie die ausreichende Versorgung durch Regenwasser sollen sichergestellt werden. Ist das Erreichen der vorgeschriebenen Baumdichte in einem Straßenabschnitt insgesamt oder in Einzelfällen nicht umsetzbar, ist dies öffentlich zu begründen; die Abweichung soll so nah wie möglich, im Regelfall innerhalb von 150 m, ausgeglichen werden.“

8. § 7 wird wie folgt geändert:

- a. Abs. 1 erhält folgende neue Fassung:

„Natürliche und gemeinnützige juristische Personen haben ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der nach § 20 zu erlassenden Rechtsverordnung, aber spätestens 24 Monate nach Inkrafttreten dieses Gesetzes, das Recht, Baumscheiben mit bodennaher Vegetation nach Abschluss einer Gestattungsvereinbarung mit der zuständigen Stelle zu bepflanzen, soweit das Land Berlin Träger der Straßenbaulast ist. Die jeweils zuständigen Stellen sind verpflichtet, Gestattungsvereinbarungen unverzüglich abzuschließen, soweit nicht überwiegende öffentliche Belange dem entgegenstehen.“

- b. Abs. 2 erhält folgende neue Fassung:

„Personen können ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der nach § 20 zu erlassenden Rechtsverordnung, aber spätestens 24 Monate nach Inkrafttreten dieses Gesetzes selbst die fachgerechte Pflanzung nach diesem Gesetz bestehenden Pflanzungspflichten auf die bepflanzbaren Baumscheiben veranlassen, soweit das Land Berlin oder ein Berliner Bezirk Träger der Straßenbaulast ist. Für die fachgerechte Pflanzung sind sachkundige Dienstleister auf eigene Kosten zu beauftragen.“

- c. Abs. 3 erhält folgende neue Fassung:

„Die Bezirksämter haben unverzüglich, nachdem eine Fällentscheidung getroffen wurde, festzustellen, ob aus zwingenden Gründen an der gleichen Stelle ein Baum nicht nachgepflanzt werden darf. Die zwingenden Gründe sind kurzgutachterlich zu begründen. Die Begründung ist zu veröffentlichen.“

- d. In Abs. 4 werden die Worte „nach § 2a Absatz 1 Pflanzenschutzgesetz“ gestrichen.
- e. Der bisherige Abs. 6 wird gestrichen. Der bisherige Abs. 7 wird zu Abs. 6. Die nachfolgende Nummerierung ändert sich entsprechend.
- f. Im bisherigen Abs. 7 wird in Satz 1 das Wort „Behörden“ durch das Wort „Stellen“ ersetzt. Nach Satz 1 wird folgender Satz neu eingefügt: „Sie können fachgerecht durchgeführt werden, soweit die zuständige Behörde nicht binnen einer Frist von drei Monaten widerspricht.“
- g. Im bisherigen Abs. 8 werden die Worte „Bis zum Abschluss der Pflanzung“ durch das Wort „Es“ und die Worte „die anpflanzende Person“ durch die Worte „der sachkundige Dritte“ ersetzt.
- h. Der bisherige Abs. 9 erhält folgende neue Fassung:

„Die zuständigen Stellen können innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf der Widerspruchsfrist nach § 7 Abs. 6 S. 1 und der Feststellung, dass die mit der Nachpflanzung von Straßenbäumen entsprechend diesem Gesetz verbundenen Vorgaben nicht vorliegen, die sachkundigen Dienstleister zur Nachbesserung auffordern. Für den Fall des Scheiterns der Nachbesserung

kann vorrangig von der Person dem sachkundigen Dienstleister die Beseitigung der Nachpflanzung und die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes aufgegeben werden.“

9. In § 16 werden die Worte „Die Regierende Bürgermeisterin beziehungsweise der Regierende Bürgermeister stellt“ durch die Worte „Der Senat leitet“ sowie die Worte „sowie dem Rat der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vor“ durch die Worte „zu, sowie dem Rat der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zur Stellungnahme zu“ ersetzt.
10. Im gesamten Abschnitt 6, allen seinen Paragraphen und auch in dessen Überschrift wird das Wort „Kontrollrat“ durch das Wort „Beirat“ ersetzt.
11. § 17 wird, unbeschadet der Änderungen aus Nr. 8, wie folgt geändert:
 - a. In Abs. 1 Satz 3 wird das Wort „oder“ durch das Wort „und“ ersetzt.
 - b. In Abs. 3 Satz 3 wird vor dem Wort „Kosten“ das Wort „erforderlichen“ eingefügt, das Wort „Landeshaushalts“ durch das Wort „Haushaltsgesetzes“ ersetzt. In Satz 4 werden die Worte „und disziplinarisch“ gestrichen.
12. § 18 wird, unbeschadet der Änderungen aus Nr.8, wie folgt geändert:
 - a. In Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „erarbeitet und veröffentlicht nach eigenem Ermessen“ durch das Wort „kann“ ersetzt und wird nach den Worten „eines Sofortprogramms nach § 19 Absatz 1 und 2“ das Wort „erarbeiten“ eingefügt. In Satz 2 werden die Worte „Senat und der Bezirke“ durch die Worte „der zuständigen Stellen“ ersetzt.
 - b. Absatz 3 erhält folgende neue Fassung:

„Der Beirat kann Gutachten zur Weiterentwicklung geeigneter Klimaanpassungsmaßnahmen im Sinne dieses Gesetzes erstellen. Darüber hinaus können das Abgeordnetenhaus oder der Senat durch Beschluss den Beirat mit der Erstellung von Sondergutachten beauftragen.“
 - c. In Abs. 4 Satz 2 werden das Wort „nimmt“ durch das Wort „soll“, das Wort „Bewertungen“ durch die Worte „Haupt- und Sondergutachten“ sowie die Worte „von einem Monat Stellung“ durch die Worte „von drei Monaten Stellung nehmen“ ersetzt.
 - d. In Abs. 5 wird das Wort „gewähren“ durch die Worte „gemäß § 2 Berliner Datenschutzgesetz (BlnDSG) geben“ ersetzt.
13. § 19 wird wie folgt geändert:

- a. Absatz 2 erhält folgende neue Fassung:

„Soweit auf der Grundlage des Monitorings, des Hauptgutachtens oder anderer Erkenntnisse eine Zielverfehlung zu erwarten ist, soll dies die zuständige Senatsverwaltung dem Senat ein Sofortprogramm zur Beschlussfassung nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes vorlegen.“

- b. Absatz 3 wird erhält folgende neue Fassung:

„Der Senat berät über die zu ergreifenden Maßnahmen, nimmt gegebenenfalls Anpassungen vor und legt diese dem Abgeordnetenhaus zur Beschlussfassung vor. Dabei legt das Abgeordnetenhaus zugleich die Berichtspflichten über die Umsetzung fest.“

14. In § 20 Abs. 1 werden die Worte „Das für Naturschutz und Landschaftspflege zuständige Mitglied des Senats“ ersetzt durch die Worte „Der Senat“ und eine neue Nr. 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„naturbasierte Pflanz- und Aufwuchsverfahren festlegt; dazu gehören insbesondere

- Wirksame Verfahren zur Etablierung von Straßen- oder Anlagenbäumen durch Saatgut, Setzlinge, Wurzelsprosse oder Naturverjüngung,
- Anforderungen an die Anpassung heutiger und Entwicklung leistungsfähiger neuer Pflanz- und Pflegeprotokolle zur aktiven Etablierung, Beobachtung und Pflege solcher Bäume bis zur Erreichung der standortgerechten Reife,
- Kriterien für die fachliche Gleichwertigkeit zu klassischen Pflanzverfahren im Hinblick auf Vitalität, Klimawirksamkeit und ökologische Funktionalität in 10 Jahren nach der Pflanzung“

Die bisherige Nr. 3 wird zu Nr. 4, die nachfolgende Nummerierung ändert sich entsprechend.

15. § 21 wird wie folgt geändert:

- a. Die Worte „Das für Naturschutz und Landschaftspflege zuständige Mitglied des Senats“ werden durch die Worte „Der Senat“ ersetzt.
- b. In Nr. 1 werden die Ziffer „60“ durch die Ziffer „70“, die Ziffer 40 durch die Ziffer „50“ und die Ziffer „1000“ durch die Ziffer „100“ ersetzt
- c. Nr. 9 wird wie folgt neu gefasst:

„dass die Ersatzpflanzung gemäß § 6 BaumSchVO so nah wie möglich, im Regelfall im Umkreis von 150 Metern, um den Fällort innerhalb der nächsten zwei Pflanzperioden zu realisieren ist, sowie“

16. § 22 wird wie folgt geändert:

- a. In Absatz 1 werden die Worte „Die Senatskanzlei“ durch die Worte „Der Senat“ ersetzt.

- b. Absatz 2 Satz 1 erhält folgende neue Fassung:

„Ziel des Umsetzungsplanungsprojekts ist es, innerhalb von 18 Monaten Entscheidungsgrundlagen, Zuständigkeiten, Ressourcenkalkulationen und alle sonstigen notwendigen Vorarbeiten für die Umsetzung dieses Gesetzes erarbeiten.“:

In Absatz 2 wird nach der Nr. 9 eine neue Nr. 10 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„die Qualifikationsbedarfsanalyse für die Umsetzung der gesetzlichen Pflichten abschließen. Basierend darauf sind Fortbildungen für alle betroffenen Mitarbeitenden zu planen und durchzuführen, sodass sie zwei Jahre nach Gesetzeskraft und zum Projektende hin vollständig qualifiziert sind.“

- c. Absatz 3 erhält folgende neue Fassung:

„Die Ergebnisse des Projekts sind ein Umsetzungsplan für dieses Gesetz, ein Zeitplan bis zum Jahr 2040, der erforderliche Ressourcenbedarf sowie ein Vorschlag für eine zentrale Personalgewinnungsstelle, um die erforderlichen Stellen in den Senatsverwaltungen, Bezirken und sonstigen öffentlichen Stellen qualitäts- und fristgerecht zu besetzen. Diese Ergebnisse sind dem Senat und dem Abgeordnetenhaus im Rahmen der Haushaltsbeschlussfassung zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes vorzulegen.“

- d. Absatz 4 erhält folgende neue Fassung:

„Ein Steuerungskreis ist beim zuständigen Senat innerhalb von 6 Monaten einzurichten. Er setzt sich zusammen aus den hinsichtlich der Umsetzung des Gesetzes beteiligten Senats- und Bezirksstellen, Vertretern der im öffentlichen Straßenland arbeitenden Leitungs- und Infrastrukturunternehmen sowie Expertinnen und Experten der Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Er soll die Anzahl von zehn Personen nicht überschreiten. Den Vorsitz übt die zuständige Staatssekretärin oder der zuständige Staatssekretär aus. Der Steuerungskreis begleitet die Arbeit und den Fortschritt des Umsetzungsplanungsprojekts, unterstützt die Erarbeitung der Ziele und Aufgaben und bereitet Zwischenentscheidungen vor. Der Steuerungskreis tagt mindestens quartalsweise und berichtet regelmäßig dem Abgeordnetenhaus.“

- e. Absatz 5 erhält folgende neue Fassung:

„Der Senat bildet unverzüglich einen ressortübergreifenden Aufbaustab.“

- f. Absatz 6 erhält folgende neue Fassung:

„Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bis 36 Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes geeignet fortzubilden.“

- II. In Artikel 2 werden die Worte „dezentrale, naturnahe Bewirtschaftung des Niederschlagswassers“ durch die Worte „die Unterstützung, Förderung und systematische Integration einer dezentralen, naturnahen Bewirtschaftung des Niederschlagswassers“ ersetzt.
- III. Der bisherige Artikel 3 wird gestrichen. Der bisherige Artikel 4 wird zu Artikel 3, die nachfolgende Nummerierung ändert sich entsprechend.

Begründung:

Dieses BäumePlus-Gesetz wurde von der Initiative „Volksentscheid Baum“ als Gesetzesentwurf im Rahmen eines Volksbegehrens in den parlamentarischen Prozessen eingebracht.

I

1.

- a. Es erfolgt eine Präzisierung auf öffentliche Grünflächen und dahingehend, dass die Aufzählung in Bezug auf hinreichende Vegetation alternativ ist.
- b. Die Begriffsdefinition zu Straßenbäumen werden präzisiert, um dem Grundsatz Pflege vor Fällung für kranke Bäume Rechnung und unterschiedliche Pflanzmethoden zu berücksichtigen zu tragen.
- c. Es erfolgt eine Klarstellung der Zuständigkeiten.
- d. Die Änderung erfolgt zur Legaldefinition innovativer Pflanz- und Aufwuchsverfahren.

2.

- a. Die Regelung wird zu einer Soll-Vorschrift.
- b. Änderung der Begriffsdefinition, um dem Grundsatz Pflege vor Fällung für kranke Bäume Rechnung zu tragen sowie weitere Klarstellung der Ziele.

3.

- a. Die Regelung wird zu einer Soll-Vorschrift.
- b. Redaktionelle Klarstellung.

4., 5., 6.

Es erfolgt eine Klarstellung der Berechnungsgrundlage für die Zielpfade.

7.

Präzisierung der Formulierung zur Heranziehung von Flächen zur Zielerreichung.

8.

- a. Es erfolgt eine Klarstellung des Geltungszeitraumes der Regelung sowie eine Ausweitung auch auf gemeinnützige juristische Personen.
- b. Die Änderung erfolgt zur Präzisierung des Geltungszeitraumes.
- c. Es erfolgt eine Klarstellung dahingehend, dass die Bezirksämter Entscheidungen zur Nichtnachbepflanzung kurzgutachterlich zu begründen haben.
- d. Es erfolgt eine Öffnung durch Wegfall des Verweises auf das Pflanzenschutzgesetz.
- e. Wegfall wegen nicht erforderlichen Regelungsinteresses.
- f. Präzisierung der Zuständigkeiten und Einführung einer Widerspruchsregelung mit klarer Fristennennung.
- g. Klarstellung von Haftung aufgrund pflichtwidriger Anpflanzungen.
- h. Klarstellung der Formulierung, Ersetzung von „Bürgerinnen und Bürger“ durch „Person“, um der Ausweitung auf juristische Personen Rechnung zu tragen.

9. Änderung der Zuständigkeit vom Regierenden Bürgermeister auf den Senat und Klarstellung, dass der Rat der Bürgermeister Stellung nehmen soll.

10. Die Bezeichnung des Rates wird geändert, um seinen tatsächlichen Aufgaben Rechnung zu tragen.

11.

- a. Änderung zur Sicherstellung der Qualifikation der Beiratsmitglieder.
- b. Präzisierung des eigenen Befassungsrechts des Beirats sowie redaktionelle Änderung zu Zuständigkeiten.
- c. Die Änderung erfolgt zur Ausweitung der Stellungnahmefrist.
- d. Klarstellende Bezugnahme auf das Berliner Datenschutzgesetz (BlnDSG).

13.

Die Änderungen erfolgen zur Klarstellung der Prärogative des Parlaments in haushaltsrelevanten Fragen.

14.

Die Änderung und Ergänzung soll die Erprobung naturbasierter Pflanz- und Aufwuchsverfahren ermöglichen.

15.

- a. Klarstellung der Senatszuständigkeit.
- b. Redaktionelle Änderungen und Standardanpassungen.
- c. Die Änderung stellt durch Öffnung sicher, dass Ersatzpflanzungen auch dann vorgenommen werden können, wenn sie sich nicht innerhalb eines Umkreises von 150 Metern realisieren lassen.

16.

- a. Änderung der Zuständigkeit von der Senatskanzlei auf den Senat und Festlegung des Erfordernisses einer Beschlussfassung.
- b. Die Änderung erfolgt zur Wahrung der Parlamentsrechte. Außerdem Einfügung der Qualifikationsbedarfsanalyse und Fortbildungsplanung.
- c. Die Änderung erfolgt zur Klarstellung der Prärogative des Haushaltsgesetzgebers.
- d. Präzisierung der Formulierungen zur Zusammensetzung und zu den Aufgaben des Steuerungskreises.
- e. Die Änderung erfolgt wegen geänderter Zuständigkeiten und um senatsinternen Prozessen Rechnung zu tragen.
- f. Änderung der Frist bis zum Abschluss der Qualifikationsmaßnahmen.

II

Änderung zur Klarstellung der Aufgaben der Berliner Wasserbetriebe.

III

Die Streichung erfolgt, weil die zugrundeliegende Regelung bereits im Berliner Straßengesetz in seiner aktuellen Fassung inhaltlich abgedeckt ist somit eine Ergänzung nicht erforderlich sind.

Stettner Freymark
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

Saleh Vierecke
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD